

Claudia May
Am Stadtpark 34
99096 Erfurt



Fax: 03643 - 20 64 22

29. Januar 2001

Sehr geehrter Herr Hoffmeister,

ich möchte Sie herzlich um Veröffentlichung meines nachfolgenden Leserbriefes bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia May

**TLZ-Artikel vom 27. Januar 2001
„Schüler sollen mit den Opfern reden“**

Da fragt sich doch der geneigte Leser, warum? Weil unsere Leitbilder, die Damen und Herren Politiker, sich nur an Gedenktagen zu ihren Reden, dem Nichtreden mit den Opfern, aufschwingen können?

Verantwortung trägt immer die amtierende Generation und die müsste sich angesichts des würdelosen Umgangs mit den Überlebenden der Diktaturen, ihrer allzu salbungsvollen Heuchelei und Selbstbelobigungen, schämen.

Was nutzt es, wenn die Landtagspräsidentin forderte: „Nie wieder! umschließt auch Gerechtigkeit für die Opfer.“ Der Ministerpräsident sagte: „Wir müssen jungen Menschen verständlich machen, dass das Gedenken nicht das Weitervererben von Schuld bedeutet, sondern die Verpflichtung, alle Anfänge von Wiederholung zu verhindern.“

Die Realität in Thüringen könnte schlimmer nicht sein, denn die Gegenwart ist von der Vergangenheit längst eingeholt. Nicht nur beim MDR muss man sich erneut mit System-/MfS-belasteten Mitarbeitern auseinandersetzen.

Das fortgesetzte Versagen der Politik, die aufrecht erhaltenen Fehlentscheidungen und Fehlbesetzungen in den Verwaltungen und in den Gerichten durchziehen wie ein Geflecht den Rechtsstaat.

Die Glaubwürdigkeit des in diesem Geflecht verfangenen Klientels, der Wahrheitsgehalt ihrer oftmals konspirativ erlangten und ungeprüft verwerteten Informationen steht hoch im Kurs, wenn es im behördlichen Entscheidungsprozess um die Abwehr von Rechtsansprüchen der Diktaturoper geht.

Ehem. Systemfeinde, die diese erneuten Anspruchsverweigerungen und Rechtsbeugungen nicht hinnehmen, sind angesichts dieser Strukturanpassungsbesetzung einem subtil pervertierten Behörden- und Gerichtsmarathon ausgesetzt, von dem überzeugte Diktatoren durchaus noch einiges lernen könnten.

Oder wie war die nahtlose strukturelle Wiedereingliederung ehem. DDR-Leitungskader z. B. ausgerechnet im Amt zur Regelung offener Vermögensfragen und im Bauverwaltungsamt zu erklären?

Dass Immobilienspekulanten und das wirtschaftliche Verwertungsinteresse - nicht nur systembelasteter Personen - dann natürlich den absoluten Vorrang vor den berechtigten Ansprüchen Dritter, der Existenzsicherung in Verbindung mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhaltung von Wohnraum, den Interessen der Bürger und auch der anerkannten Diktaturoper haben, versteht sich um den Preis der Glaubwürdigkeit des offiziell propagierten Rechtsstaates.

Die Janusköpfigkeit - dieses Rechtsstaates - ist wohl kalkuliert, wenn offiziell der Gerechtigkeit lediglich das Wort gesprochen und inoffiziell die Tat, die Förderung der vormals und wieder willfährig Angepassten und Obrigkeitshörigen in Kauf genommen wird.

Doch aufgemerkt, politisch motivierte Kalkulationen zur Sicherung der Staatsräson, haben in Zeiten der Globalisierung ausgedient, und das sollten selbst von ihren vermeintlichen Wohltaten noch so überzeugte Politiker nicht vergessen!

Deshalb, liebe Schüler, fragt die amtierenden Politiker, warum sie sich nicht jetzt ihrer Verantwortung gegenüber den Diktaturopfern stellen und mit ihnen, den Lebenden noch heute reden und ihnen die längst überfällige Gerechtigkeit zukommen lassen? Das Zeichen, gegen rechte und linke Gewalt in vereinten Deutschland!